Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 193 | Dresden, Mittwoch den 5. Mai 1926 | 37. Jahrg.

Der Machtkampf in England

Der erste Tag des Generalstreiks

S. London, 4. Mai. (Eig. Drahtb.)

Der Generalstreik gestaltete sich im Verlauf des Dienstags vollständig in dem vom Generalrat der Gewerkschaften angeordneten Umfange. In den Nachmittagstunden des Dienstags war völlig klar, daß die Parole zum Generalstreik zu 98 Prozent befolgt worden ist.

Das Straßenbild Londons hat seit den Morgenstunden keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Die Verwendung sämtlicher im Privatbesitz befindlichen Fahrzeuge hatte in den Nachmittagstunden eine beängstigende Verstopfung der Straßen des Zentrums der Stadt zur Folge, so daß sich an den Hauptverkehrspunkten die Automobile und sonstigen Fahrzeuge bis zu einer Viertelstunde staute. Während in den frühen Morgenstunden des Dienstags der Verkehr der Untergrundbahnen, der Omnibusgesellschaften und der Straßenbahnen völlig stillstand, ist es im Laufe des Tages einer der kleineren Untergrundbahngesellschaften gelungen, Züge in Zwischenräumen von 20 Minuten abzulassen. Außerdem haben die kleinen Omnibusgesellschaften, deren Angestellte gewerkschaftlich nicht organisiert sind, einen unregelmäßigen Dienst aufrechterhalten. An eine auch nur einigermaßen genügende Bewältigung des Verkehrs ist nicht im entferntesten zu denken. Die größten Omnibusgesellschaften Londons, deren Mitglieder organisiert sind, haben den Weisungen der Gewerkschaft Folge geleistet. Bemerkenswert ist, daß selbst die verhältnismäßig wenigen im Betrieb befindlichen Omnibusse, die bekanntlich das Hauptverkehrsmittel Londons sind, trotz dem Mangel an Verkehrsmöglichkeiten vom Publikum kaum benutzt werden.

Die Zeitungen sind am Dienstag nicht erschienen, jedoch wurden die am Montag vor Mitternacht hergestellten Ausgaben einiger Morgenblätter teilweise zu Wucherpreisen und gleichzeitig mit veralteten Sonntagszeitungen verkauft. Die einzige Nachrichtenquelle für die Oeffentlichkeit ist der Rundfunk, durch den täglich fünfmal die amtlichen Reutermeldungen ausgegeben werden. Die Regierung hat während des Dienstags Vorbereitungen für den Druck einer offiziellen Zeitung getroffen, die am Mittwochmorgen unter dem Namen British Gazette herauskommen soll. Eine große Anzahl von Druckereibesitzern soll ihre Druckereien der Regierung zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt haben. Da die Buchdruckergewerkschaft die Parole der Arbeitsniederlegung aus prinzipiellen Gründen auch auf die Arbeiterpresse ausgedehnt hat, kann selbst der Daily Herald, das offizielle Blatt der Gewerkschaften, nicht erscheinen. Das Fehlen einer offiziellen Informationsquelle der Gewerkschaften wird auf allen Seiten beklagt.

Sämtliche Geschäfte Londons waren am Dienstag geöffnet. Es zeigte sich keinerlei Neigung des Publikums, Lebensmittel zu hamstern. In den Geschäften, die nicht der unmittelbaren Versorgung mit Lebensmitteln dienen, konnte eine allgemeine Kauflustlust festgestellt werden. Die Theater und Kinos spielen einstweilen wie üblich. Die Milch wird von Mittwoch an unter staatlicher Kontrolle bewirtschaftet und von der zentralen Milchsammelstelle im Hydepark an den Einzelhandel abgegeben. Der Milchpreis ist mit amtlicher Zustimmung infolge der verteuerten Belieferung etwas erhöht worden. Während der Eisenbahnverkehr, soweit es sich um die Personenbeförderung handelt, im ganzen Lande nahezu restlos stillliegt, sind die Milch- und Lebensmittelzüge weiterhin nach London gefahren worden. Die Eisenbahner haben einen großen Teil dieser Züge in die Personenbahnhöfe geleitet, um auf diese Weise es den Eisenbahngesellschaften unmöglich zu machen, mit Hilfe von Streikbrechern oder Soldaten Personenzüge abgehen zu lassen. Auf den Londoner Vorortstrecken ruht der Verkehr völlig. Dem Streik haben sich auch die Arbeiter der großen Waffen- und Munitionsfabrik Woolwich und der englischen Staatsdruckerei angeschlossen. Das Arsenal in Woolwich ist von einem starken Truppenaufgebot besetzt; vor den geschlossenen Toren des Werkes stehen neben den Streikposten zahlreiche Militärposten. Das gleiche Bild bietet die staatliche Druckerei.

Internationale Solidarität

S. London, 4. Mai. (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende der britischen Arbeiterpartei, Robert Williams, übermittelt dem Londoner Vertreter des Soz. Pressedienstes folgende Erklärung zum Streik:

„Die erste Pflicht dieser Arbeiterbewegung war in dieser historischen Stunde ein Appell an die Solidarität der britischen Arbeiter, die Bergarbeiter in ihrem Kampf um ein lebenswürdiges Dasein zu unterstützen. Die britische Gesamtbewegung hat diese Solidarität in einer geschichtlich noch nie dagewesenen Art und Weise gezeigt. Wir können deshalb nunmehr auch an die internationale Solidarität appellieren. Jede Hilfeleistung, die wir von der europäischen und ganz besonders von der deutschen Arbeiterschaft finden können und werden, wird uns ein Beweis dafür sein, daß wir einen gerechten Kampf für den menschlichen Fortschritt führen."

•

Der Generalsekretär der Bergarbeiter, Cook, hat im Namen der Exekutive der britischen Bergarbeiter dem Londoner Vertreter des Soz. Pressedienstes folgende Erklärung zur Uebermittlung an die deutsche Arbeiterschaft abgegeben:

„Die britische Bergarbeiterschaft hat die Nachricht von der Unterstützung, die ihr Kampf durch die deutschen Bergarbeiter findet, mit großer Freude zur Kenntnis genommen. Die Aktion der deutschen Bergarbeiter hat schon jetzt die Internationale der Bergarbeiter fester als jemals zuvor verkittet. Sie beweist, daß die Bergarbeiter-Internationale eine Realität ist und in Zeiten der Not zu handeln bereit ist. Unsre nächste internationale Aufgabe wird es sein, die Arbeitsbedingungen und Verträge der Bergarbeiter-Internationale in Uebereinstimmung zu bringen. Die Unternehmer haben sich geirrt, wenn sie gehofft hatten, die Bergarbeiter zu isolieren und niederzuwerfen. Unsre Hoffnung ruht auf der wahren internationalen Solidarität."

Kundgebung der Internationale

Ch. Zürich, 5. Mai. (Eig. Funkspruch.) Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam folgendes Telegramm gerichtet:

„Bei Ausbruch des größten gewerkschaftlichen Kampfes, den die Welt bisher gesehen hat, ist das sozialistische Proletariat aller Länder einig in dem heißen Wunsche, daß das schwere gefahrvolle Ringen der englischen Arbeiter zum siegreichen Erfolg führt, und einig in dem entschlossenen Willen, alle Kräfte aufzubieten, um seine internationale Solidarität moralisch und materiell zu bekunden. Die Sozialistische Arbeiterinternationale ist entschlossen, diese Aktion zu führen im besten Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, der die internationale Strategie dieses gewerkschaftlichen Kampfes zu bestimmen hat. Das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat heute den Bureaumitgliedern den Vorschlag unterbreitet, die Sitzung des Bureaus vorzuverlegen und bereits am 11. Mai in Amsterdam abzuhalten. Wir bitten um sofortige Nachricht, zu welchem Zeitpunkt im Anschluß an diese Bureausitzung eine Fühlungnahme mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes möglich ist.

Für das Sekretariat der SAI.: Friedrich Adler.

Demagogie der Regierung

S. London, 5. Mai. (Eig. Funkspruch.) Die konservative Regierung will demagogisch den Kampf der Arbeiter gegen Lohnreduktion und Verlängerung der Arbeitszeit als einen „Schlag gegen die Verfassung und Demokratie" umfälschen. In ihrem Leitartikel behauptet die British Gazette, daß ein Sieg des Generalstreiks eine Ausschaltung und Aufhebung der parlamentarischen Institutionen bedeute, welche die britische Nation in 300jährigem Kampfe durchgesetzt und die die Grundlage der britischen Demokratie gebildet haben. Der demokratische Staat dürfe sich nicht der Diktatur eines Teils der Bevölkerung unterwerfen, er müsse verfassungsmäßig die Autorität ohne Rücksicht auf die Kosten schützen. Während der Geist des Kompromisses gegenüber der Bergbaukrise bestehe, könne es diesen Geist dem Generalstreik gegenüber unter keinen Umständen geben. Es handele sich nicht mehr um einen Konflikt zwischen Unternehmern und Arbeitern, sondern zwischen Parlament und Gewerkschaften, der nur mit dem Sieg des Parlaments enden könne. Der Regierung stünden genügend Mittel der Gewalt zur Verfügung, jedoch sei Gewalt ein Mittel, auf das sich eine britische Regierung nicht zu stützen wünsche.

*

Diese gerissene Verschiebung der Tendenz des Ringens wird auf die Arbeiter keinen Eindruck machen. Sie wissen, daß das Bergbauproletariat die Kosten der Wirtschaftskrise tragen sollte durch Lohnreduktion und Mehrleistung. Das kann und darf sich die Gesamtarbeiterklasse nicht gefallen lassen, weshalb sie zum Abwehrkampf gezwungen wurde. Daß dieser Abwehrkampf nun einmal die ganze Machtfrage zwischen Kapital und Arbeit aufrollt, ist

Freie Bahn dem Volksentscheid!

Verfehlte Spekulationen politischer Desperados

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Der Rechtsausschuß des Reichstags hat den Gesetzentwurf auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten und den Antrag des Zentrums bzw. der Demokraten abgelehnt. Infolgedessen wird wahrscheinlich schon am Donnerstag im Reichstagsplenum die dritte Lesung des „begorten" Gesetzes vorgenommen und durch seine Ablehnung beendet. Damit ist der Weg für den Volksentscheid frei.

Die gesetzgeberische Aktion der Reichsregierung wird durch den Volksentscheid vorläufig natürlich nicht berührt. Der Reichsrat wird den Regierungsentwurf voraussichtlich noch Ende dieser Woche dem Reichstag überweisen, und dann dürfte sich sehr bald herausstellen, daß die Aktion des Kabinetts mit ihrem völlig ungenügenden Entwurf ebenfalls nicht zu dem erstrebten Ziele führen wird. Der Volksentscheid geht unter diesen Umständen wahrscheinlich vor sich, ohne daß überhaupt ein Eventualgesetz vorliegt, und so wird die Gegenparole fehlen. Wir haben dagegen nichts einzuwenden, denn so wird dem Volke klar, daß von dem Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nichts zu erwarten ist. Wie aber steht es mit den Freunden der ehemaligen Fürsten?

Zunächst hoffen sie natürlich immer noch auf unsern Mißerfolg und damit auf eine Situation, in der, im besten Fall, dann der Reichstag ein Gesetz machen würde, das ihren Klienten und Schützlingen nicht wehtäte. Es gibt jedoch unter ihnen — und zwar nicht nur im Gefolge der Westarp und Everling, sondern auch in der Volkspartei — Politiker, die ihren Weizen auch bei einem Gelingen des Volksentscheids blühen sehen. Das sind jene „Desperados", gegen die sich der demokratische Abgeordnete Koch kürzlich im Parlament gewandt hat, Leute, die mit vollem Bewußtsein und voller Absicht auf eine Katastrophe oder, wie sie es nennen, auf eine Staatskrisis hinsteuern.

Ausgangspunkt soll die Weigerung des Reichspräsidenten sein, das Gesetz über die entschädigungslose Enteignung zu verkünden. Daraus wird dann, so rechnet man, ein Konflikt entstehen, bei dem die Reaktion im trüben zu fischen hofft. Vielleicht hat man sich auch schon Gedanken über die Einzelheiten der weiteren Entwicklung gemacht. Tief neuerdings wieder stärkere Rührigkeit der Vaterländischen Verbände gibt einen gewissen Grund zu dieser Vermutung.

Hindenburg soll sich in Widerspruch zur Verfassung setzen, die verlangt, daß der Reichspräsident die verfassungsmäßig zustandegekommenen Gesetze ausfertigt und binnen Monatsfrist im Reichsgesetzblatt verkündet. Es kann sein, daß die nicht ganz einwandfreie Art, wie kürzlich das Duellgesetz behandelt worden ist, die Rechtsradikalen in ihren Spekulationen bestärkt hat, und da außerdem der Justizminister das höchst bedenkliche Wort ausgesprochen hat, man könne den Präsidenten überhaupt nicht zwingen, ein Gesetz zu unterschreiben, wenn er nicht wolle, so wittern die Monarchisten Morgenluft.

Das Ganze ist, unsrer Ueberzeugung nach, ein Bluff, durch den ängstliche Gemüter von der Beteiligung am Volksentscheid abgeschreckt werden sollen. Er wird nicht verfangen. Aber wenn es selbst wider Erwarten den Fürstendienern gelingen sollte, den Präsidenten auf die verhängnisvolle Linie eines Staatsstreichs zu drängen, so würde uns auch diese Aussicht nicht beirren können. Dann müßte eben der Kampf für die Republik gegen die Desperados aufgenommen werden. Sein Ausgang ist uns nicht zweifelhaft. Deshalb bleibt es bei der Parole:

Volksentscheid!

•

Ablehnung des Enteignungsantrages

Berlin, 5. Mai. Im Rechtsausschuß des Reichstags verfiel am Dienstag der Gesetzentwurf auf Enteignung der Fürsten, der dem Volksbegehren zugrunde gelegen hat, der einmütigen Ablehnung durch die bürgerlichen Parteien. Lediglich die 10 Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten für den Gesetzentwurf, der zum Volksentscheid kommt, während alle 17 bürgerlichen Vertreter dagegen stimmten. Abgelehnt wurde ferner, mit allen Stimmen gegen die der Demokraten, der demokratische Abänderungsantrag zum Volksentscheid. Schließlich wurde auch der Abänderungsantrag des Zentrums mit 21 gegen 6 Stimmen (die des Zentrums und der Demokraten) abgelehnt.

Vor Eintritt in die sachliche Beratung verlangten die Vertreter des Zentrums und der Demokraten eine Klärung der aufgetauchten verfassungsrechtlichen Bedenken und eine Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage, ob die beiden Abänderungsanträge des Zentrums und der Demokraten einer verfassungsändernden Mehrheit bedürften, um neben den Gesetzentwurf des Volksbegehrens gestellt werden zu können.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärte: Die sozialdemokratische Fraktion hat der Ueberweisung des Gesetzentwurfs für das Volksbegehren und der von den Demokraten und dem Zentrum gestellten Abänderungsanträge an den Rechtsausschuß lediglich deshalb zugestimmt, weil die Beratung im Ausschuß von zwei großen Fraktionen des Reichstags gewünscht wurde, nicht aber weil eine Beratung im Ausschuß aus sachlichen Gründen geboten erschien. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens ist, als sozialdemokratischer Abänderungsantrag zum Kompromißvorschlag der Regierungsparteien, bereits in zwei Lesungen eingehend beraten worden. Auch der materielle Inhalt der Abänderungsanträge der Demokraten und des Zentrums ist in allen Sitzungen des Rechtsausschusses durchgesprochen worden. Demokraten und Zentrum fordern in ihren Abänderungsvorschlägen so weitgehende Aenderungen des Volksbegehrens, daß durch sie das Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer Weise umgestaltet werden würde, die

den Wünschen der 12½ Millionen Wähler und Wählerinnen, die das Volksbegehren gefordert haben, nicht entspräche.

Der demokratische Antrag läuft darauf hinaus, aus der Enteignung eine Abfindung der Fürstenhäuser zu machen. Der Zentrumsantrag bringt keine endgültige Entscheidung, sondern lediglich die Verweisung der Entscheidung an ein Gericht. Diese Regelung ist von der Sozialdemokratie immer bekämpft worden. Es kommt hinzu, daß das Volksbegehren der schleunigsten Behandlung bedarf, und daß es, nachdem fast ein Drittel des deutschen Volkes die Abstimmung über den Gesetzentwurf des Volksbegehrens gefordert hat, geboten erscheint, zunächst die Durchführung des Volksbegehrens freien Lauf zu lassen. — Auch die Vertreter der übrigen Parteien stimmten darin überein, daß langwierige Verhandlungen jetzt vermieden werden müßten.

In der Schlußabstimmung sprach sich der Rechtsausschuß mit 14 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten dahin aus, daß der Gesetzentwurf des Volksbegehrens verfassungsändernden Charakter hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260505/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG